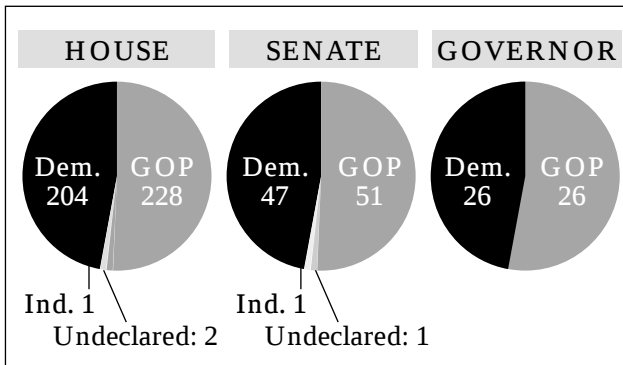


Zwischenwahlen in den USA

Mit den Wahlen am 5. November gelang Präsident Bush etwas, das nur wenige vermutet hatten: das Erringen der „Triple Crown“. Das Weiße Haus, der Senat und das Repräsentantenhaus sind jetzt fest in republikanischer Hand; die Demokraten haben eine katastrophale Niederlage erlitten. Präsident Bush hat jetzt sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik freie Hand. Darauf sollten wir Europäer uns einstellen.

■ „Triple Crown“

Mit den Zwischenwahlen am 5. November in den USA ist das Wirklichkeit geworden, was nur wenige in Washington für möglich gehalten haben: das Erringen der *Triple Crown*. Viele waren sich darin einig, dass die Prognose des Wahlergebnisses nahezu unmöglich sei, aber nur wenige, wie der Politikanalyst Charlie Cook (*National Journal*), glaubten, dass den Republikanern gelingen könnte, was es bis auf das kurze Intermezzo zu Beginn der Bush-Präsidentschaft seit Eisenhower nicht mehr gegeben hat: die republikanische Mehrheit sowohl in den beiden Häusern des Kongresses als auch im Weißen Haus. Und noch etwas ähnelte der Zeit von Präsident Dwight D. Eisenhower: die Zustimmungsraten des Präsidenten. Sowohl Eisenhower als auch Bush genossen bei den Zwischenwahlen zwei Jahre nach ihrer Amtsübernahme eine Zustimmungsrate von mehr als 60 Prozent. Terence McAuliffe, der Parteichef der Demokraten, meinte dann auch neidvoll, als er nach den Ursachen für den Wahlsieg der Republikaner gefragt wurde: „I pin a lot of it on that this is a president who has had very high approval ratings. He's had the longest sustained approval ratings of any president in modern history.“



Quelle: *Washington Post*

■ Sitzverteilung des 108. Kongresses

■ Das Engagement von Präsident Bush war ausschlaggebend

Dass dies ein Wahlsieg war, der vor allem auch auf Präsident Bush zurückgeht, bezweifelt niemand. Mehr als 140 Millionen Dollar hat er für seine Kandidaten eingesammelt. Sein Wahlkampfmanager und De-facto-Parteichef Karl Rove hat sich direkt in die Kandidatenkür eingeschaltet und damit eine Tradition gebrochen, die besagt, dass sich der Präsident nicht direkt in den Vorwahlkampf zugunsten eines Kandidaten, einschalten soll. Nicht nur für Senatskandidaten sondern auch für Vertreter im Repräsentantenhaus hat er sich im Wahlkampf engagiert – manchmal ohne den Kandidaten wirklich zu kennen. Das Risiko hat sich gelohnt: die Mehrheit im Haus konnte nicht nur gehalten, sondern weiter ausgebaut werden – etwas, das noch keinem republikanischen Präsidenten in Zwischenwahlen gelungen war. Und vor allem – die Kontrolle über den Senat wurde zurückerobert. Tom Daschle musste sein Amt als Mehrheitsführer an Trent Lott zurückgeben. Damit war Bush etwas gelungen, was in den letzten 100 Jahren nur durch Franklin D. Roosevelt bewerkstelligt wurde, und zwar der Gewinn von Sitzen in beiden Häusern während einer Zwischenwahl.

Überraschend für viele war der Sieg der Republikaner in Georgia, Missouri, Minnesota und New Hampshire. Auch in North Carolina konnte Elizabeth Dole den ehemaligen Stabschef des Weißen Hauses unter Präsident Clinton, Erskine Bowles, besiegen. In Colorado und Texas waren die Republikaner ebenfalls erfolgreich und in Louisiana gibt es zu-

■ Dass dieser Sieg ein Wahlsieg war, der vor allem auch auf Präsident Bush zurückgeht, bezweifelt niemand. Mehr als 140 Millionen Dollar hat er für seine Kandidaten eingesammelt.

mindest die Chance, noch einen Senatssitz zu gewinnen: dort muss sich die demokratische Amtsinhaberin Mary Landrieu einer Stichwahl stellen. Die Auseinandersetzung in South Dakota allerdings, dem Heimatstaat von Tom Daschle, konnten die Demokraten, wenn auch knapp, für sich entscheiden. Tim Johnson, auch führend in der deutsch-amerikanischen Parlamentiergruppe, konnte mit weniger als 600 Stimmen den Sieg gegen John Thune davontragen.

I Senatoren



Quelle: *New York Times*

■ Ein Referendum für Präsident Bush

Der Wahlsieg Bushs wird von vielen auch als ein verspätetes Referendum zu der umstrittenen Präsidentschaftswahl gesehen. Niemand erliegt jetzt noch der Versuchung, seine Präsidentschaft mit einem Fragezeichen zu versehen.

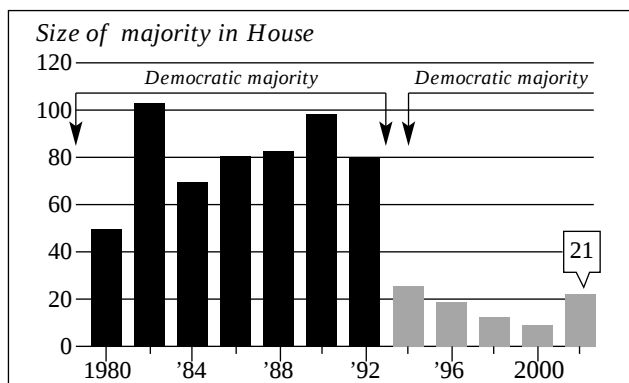
Der Wahlsieg Bushs wird von vielen auch als ein verspätetes Referendum zu der umstrittenen Präsidentschaftswahl gesehen. Niemand erliegt jetzt noch der Versuchung, seine Präsidentschaft mit einem Fragezeichen zu versehen. Maßgeblich für seine Popularität und damit auch für den Wahlsieg der Republikaner ist das entschlossene Vorgehen des Präsidenten gegen den Terrorismus. Der 11. September 2001 hat in Amerika viel mehr verändert als dies der Außenstehende meist realisieren kann: Die amerikanische Nation ist zutiefst erschüttert worden, mit der Folge, dass sich politische Prioritäten verändert haben. Zwar haben sowohl in Deutschland als auch in Amerika außenpolitische Erwägungen entscheidend den Wahlsieg mitbeeinflusst, nur war es in Deutschland eine schon langanhaltende Furcht, in einen Krieg verwickelt zu werden, die maßgeblich das Wählerverhalten mitbeeinflusst hat, während in den USA die

Wähler diejenigen gewählt haben, denen sie die größte Entschlossenheit zutrauen, die neue Gefahr für das Land, nämlich den Terrorismus, mit allen Mitteln, sei es auch mit militärischen, zu bekämpfen.

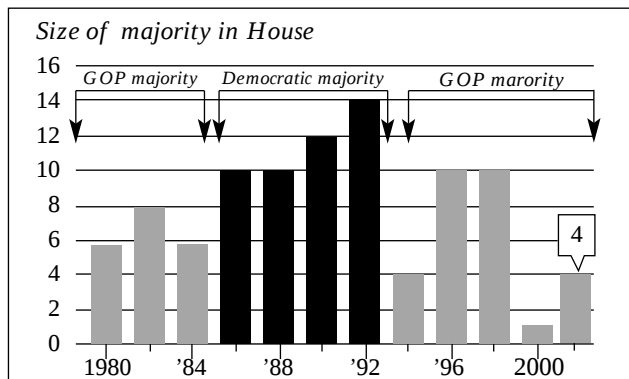
■ Die Regierung Bush hat jetzt freie Hand

Der Präsident geht eindeutig gestärkt aus dem Rennen. Er hat jetzt die Möglichkeit, in den nächsten zwei Jahren seine Agenda umzusetzen und die politische Landschaft zu dominieren. Zwar fehlen ihm im Senat die 60 Stimmen, die notwendig sind, um ungehindert regieren zu können. Aber mit der zurückgewonnenen Mehrheit können einzig die Republikaner die Agenda bestimmen. Gegen den Willen der Republikaner werden keine Gesetzesvorlagen mehr zur Abstimmung gebracht, wird es keine Anhörung mehr im Senat geben. Das Homeland Security Department wurde jetzt schnell verabschiedet, gleiches galt für

■ Der Präsident geht eindeutig gestärkt aus dem Rennen. Er hat jetzt die Möglichkeit, in den nächsten zwei Jahren seine Agenda umzusetzen und die politische Landschaft zu dominieren.



■ Größe der republikanischen Mehrheit in den beiden Häusern



Quelle: New York Times

■ **Auch bei der Gesundheitsreform, der Sozialpolitik, der Energieversorgung und der Steuergesetzgebung hat die Regierung Bush nach den Wahlen freie Hand.**

den Versicherungsschutz vor Schäden, die aus terroristischen Gewaltakten resultieren. Außerdem können die ausstehenden Ernennungen von Regierungsbeamten im Senat nicht mehr blockiert werden und freiwerdende Richterpositionen im Obersten Gerichtshof jetzt von Bush ohne Rücksicht auf die Demokraten besetzt werden. Auch bei der Gesundheitsreform, der Sozialpolitik, der Energieversorgung und der Steuergesetzgebung hat die Regierung Bush nach den Wahlen freie Hand.

■ **Wahlkatastrophe für die Demokraten**

Für die Demokraten kommt dieses Ergebnis einer Katastrophe gleich. E.J. Dionne von der *Washington Post* meint deshalb: „The result is an electoral catastrophe, worse for democrats than the 1994 Republican sweep. Then, at least, the Democrats held the White House and could shape the political argument. Now, they have no power centers, no obvious leader.“ Insbesondere die Linke in der Demokratischen Partei hat das mangelnde Profil als hauptsächlichen Grund für diese Niederlage ausgemacht. Tatsache bleibt: bei den beiden wesentlichen Themen, die diesen Wahlkampf beeinflusst haben, nämlich der Kampf gegen den Terrorismus und die kränkelnde wirtschaftliche Lage, haben die Demokraten den Rezepten des Präsidenten zugestimmt. Sowohl im Haus als auch im Senat hat der Präsident eine überwältigende Zustimmung in seiner Handhabung von Saddam Hussein bekommen. Und auf der innenpolitischen Front hatten eine ganze Reihe von Demokraten dem Steuerpaket von Präsident Bush zugestimmt und waren deshalb auch nicht willens, die Steuergesetzgebung zu einem Thema während des Wahlkampfes werden zu lassen.

■ **Personelle Konsequenzen**

Personell gab es schon bald erste Konsequenzen: Der demokratische Fraktionsführer im Repräsentantenhaus Dick Gephardt warf das Handtuch, seine Nachfolgerin ist die dem linken Parteienspektrum zugeordnete Abgeordnete Nancy Pelosi. Sie steht in deutlichem Widerspruch zur Bush-Politik: Bereits 1991 hatte sie gegen den Golfkrieg votiert und auch diesmal stimmte sie gegen den Einsatz von militäri-

schen Mitteln im Irak. Sie unterstützte die Steueranhebungen unter Präsident Clinton und stimmte gegen das Steuerpaket von Bush. Wenn es um Freihandel geht, zieht sie den Schutz einheimischer Industrie und Arbeitsplätze vor und stimmte deshalb auch gegen die Handelsermächtigung (Trade Authority beziehungsweise *fast track*) des Präsidenten. Sie ist eine Gegnerin der Todesstrafe, gegen sogenannte *school-vouchers*, die den Eltern die Möglichkeit geben, ihre Kinder mit staatlicher Unterstützung auch in Privatschulen zu schicken, und sie unterstützt ebenfalls die Abtreibung während des Geburtsvorganges. Damit haben die Demokraten im Repräsentantenhaus jetzt eine Fraktionsvorsitzende, die dem republikanischen Speaker Hastert ein Kontrastprogramm bieten wird. Ob dies den potenziellen Wählern der Demokraten gefällt, bleibt abzuwarten.

Tom Daschle, der gerade von der Parteilinken ebenfalls eine Menge Kritik wegen seines ihrer Meinung nach zu regierungsfreundlichen Kurses einstecken musste, konnte sich als Führer der Demokraten behaupten. Der Senat ist sowieso weniger parteienorientiert und nicht selten stimmen Demokraten und Republikaner völlig unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit ab. Dies wurde beispielsweise bei der Irak-Diskussion wiederum deutlich: während republikanische Senatoren wie Hagel und Lugar eher den UN-Prozess in den Vordergrund der Diskussion rückten, sprachen sich der demokratische Senator Joe Lieberman gemeinsam mit dem Republikaner John McCain für die Resolution aus, die dem Präsidenten freie Hand im Umgang mit dem Irak lässt. Dieser Resolution hat dann bekanntlich die große Mehrheit aller Senatoren zugestimmt.

■ Ein schwerer Weg für die Demokraten

Für die Demokraten wird es in den kommenden zwei Jahren bis zur Präsidentschaftswahl auf alle Fälle noch schwerer werden, sich deutlich zu profilieren. Die Mittel, die ihnen im parlamentarischen Geschäft zur Verfügung stehen, können sie nur eingeschränkt nutzen. In der Minderheit in beiden Häusern zu sein, nimmt ihnen die Möglichkeit, die politische Agenda zu bestimmen. Darüber hinaus haben sie nach dieser Wahlniederlage keinerlei Führungspersönlichkeiten,

■ Für die Demokraten wird es in den kommenden zwei Jahren bis zur Präsidentschaftswahl auf alle Fälle noch schwerer werden, sich deutlich zu profilieren. Die Mittel, die ihnen im parlamentarischen Geschäft zur Verfügung stehen, können sie nur eingeschränkt nutzen.

die diese Rolle in der Öffentlichkeit wahrnehmen könnten. Die Niederlage hat, wie Dan Balz in der *Washington Post* zutreffend bemerkt, deutlich werden lassen, dass die Demokraten in der Nach-Clinton-Ära weder ein eigenständiges Programm entwickelt haben noch über eindeutige Führungspersönlichkeiten verfügen.

■ Keine klaren demokratischen Herausforderer in Sicht

So drängt sich auch niemand auf, der die Rolle des Herausforderers von Präsident Bush übernehmen könnte. Der ehemalige Vizepräsident Al Gore ist sicherlich jemand, der diese Rolle gerne für sich in Anspruch nehmen möchte. Er war das erste prominente Mitglied der Demokraten, das Bushs Irak-Politik öffentlich deutlich kritisiert hat. Auch auf innenpolitischem Gebiet versucht er, einen deutlichen Kontrapunkt zur Bush-Politik zu setzen. Kürzlich erklärte er, dass die 40 Millionen Amerikaner, die ohne Krankenversicherung dastehen, einen staatlich finanzierten Versicherungsschutz bekommen sollten. Dies ist eine Position, die bislang kaum ein Demokrat gewagt hat öffentlich auszusprechen und die sich im Übrigen deutlich von seiner bislang geäußerten eigenen Haltung unterscheidet. Klar wird damit, dass Gore, falls er antritt, in seinen programmatischen Aussagen wesentlich weiter nach links gehen wird, als er dies 2000 getan hat.

Ob Gore nun antreten wird, will er in der nächsten Zeit entscheiden. Die Parteiführung steht dem mit großer Skepsis gegenüber. Viel wichtiger als das Partei-Establishment ist allerdings für Gore das Parteivolk. Dieses steht einem Präsidentschaftskandidaten Gore wesentlich offener gegenüber und darauf kommt es an, ist es doch die Parteibasis, die den Kandidaten im Zuge der Primaries bestimmt. De facto sieht das Bild zukünftiger Präsidentschaftskandidaten bei den Demokraten eher düster aus: John Edwards, der junge und telegene Senator aus North Carolina, scheint vielen noch zu unerfahren, Dick Gephardt und Tom Daschle sind nach der Wahlniederlage schwer beschädigt. Es gibt zwei, die bislang öffentlich ihre Hüte in den Ring geworfen haben. Der eine ist der Gouverneur von Vermont, Howard Dean, „an interesting long shot“, wie Howard Kurtz von

■ De facto sieht das Bild zukünftiger Präsidentschaftskandidaten bei den Demokraten düster aus: John Edwards, der junge und telegene Senator aus North Carolina, scheint vielen noch zu unerfahren, Dick Gephardt und Tom Daschle sind nach der Wahlniederlage schwer beschädigt.

der *Washington Post* meint. Der andere ist Senator John Kerry aus Massachusetts. Kerry hat sich nach seiner Rückkehr aus Vietnam als einer der Führer der Antivietnam-Bewegung einen Namen gemacht. Er gehört dem linken Flügel der Demokraten an und erscheint vielen konservativeren Wählern der Demokraten nur schwer vermittelbar.

Ob sich ein Kandidat aus der Gruppe der „New Democrats“ durchsetzen kann, ist aber ebenfalls fraglich. Diese zentristische Bewegung, die durch Clinton ins Leben gerufen wurde, befindet sich ohne Zweifel auf dem Rückzug. Zur Zeit haben die Parteilinken eindeutig die Nase vorn. Aus der Gruppe der Moderaten ragt eigentlich nur noch Joe Lieberman hervor. Der ehemalige Vizepräsidentschaftskandidat hat allerdings öffentlich erklärt, dass er nur antreten wolle, falls Gore seinen Verzicht auf eine Kandidatur erklärt. Politisch hat sich Lieberman eindeutig von Gore distanziert, was allein schon seine Haltung in der Irak-Frage deutlich macht.

Dass Hillary Clinton bei den nächsten Wahlen als Kandidatin zur Verfügung steht, ist unwahrscheinlich. Vor ihrer Wahl hat sie eindeutig klargestellt, dass sie die gesamte Legislaturperiode, also sechs Jahre, als Senatorin zu absolvieren gedenkt. Dieses Versprechen kann sie ohne schweren Ansehensverlust nicht brechen. Zudem ist der Name Clinton nach wie vor äußerst polarisierend. Wie dies dann 2008 aussieht, bleibt abzuwarten. Freunde der Seifenoper orakeln bereits über ein vertrautes Rematch Clinton-Bush: diesmal natürlich Hillary gegen Jeb.

Ob sich einer der bislang nicht besonders im Rampenlicht stehenden Gouverneure als Präsidentschaftskandidat durchsetzen könnte, ist nicht ersichtlich. Immerhin waren vier der letzten fünf Präsidenten vorher Gouverneure. Erwartungsgemäß haben die Demokraten bei den Gouverneurswahlen besser abgeschnitten als die Republikaner. Dies lag aber vor allem daran, dass eine Mehrzahl der bisherigen Amtsinhaber aus dem republikanischen Lager kam. Alle Staaten müssen mit großen Haushaltsdefiziten kämpfen. Amtsinhaber hatten es deshalb außerordentlich schwer, wiedergewählt zu werden. Dies traf für Amtsinhaber der Demokratischen Partei gleichermaßen zu wie für republikanische Amtsinhaber. Dies ist auch der Grund, warum beispielsweise Robert

■ Ob sich bei den Demokraten ein Kandidat aus der Gruppe der „New Democrats“ durchsetzen kann, ist fraglich. Diese zentristische Bewegung, die durch Clinton ins Leben gerufen wurde, befindet sich ohne Zweifel auf dem Rückzug. Zur Zeit haben die Parteilinken eindeutig die Nase vorn.

„War Chest“, nämlich die eingetriebenen Wahlkampfmittel, eine entscheidende Größe für den Gewinn einer Wahl ausmachen, ist dies nicht unerheblich.

■ Außenpolitische Konsequenzen

Die Popularität des Präsidenten geht entscheidend auf seine Führung im Kampf gegen den Terrorismus zurück. Da seine Popularität maßgeblich für den überwältigenden Sieg der Republikaner verantwortlich war und damit eine außenpolitische Frage das Wählerverhalten wesentlich mitbestimmt hat, wird dies von Bush und seinem Team natürlich auch als eine Zustimmung zu seiner Außenpolitik interpretiert. Konkret geht es dabei selbstverständlich auch um den Irak. Die Diskussion um das Vorgehen im Irak hatte nicht nur die Wochen vor dem deutschen, sondern auch vor dem amerikanischen Wahltag wesentlich mitbestimmt. Jetzt kann sich die Administration der Unterstützung nicht nur des Kongresses, sondern auch der Bevölkerung sicher sein. Die Versuchung, notfalls unilateral gegenüber dem Irak vorzugehen, ist mit diesem Wahlergebnis mit Sicherheit nicht kleiner geworden. James Pinkerton meinte dann auch in seinem in der *Los Angeles Times* titulierten Artikel „A Landslide Loss for Hussein“: „Republican Gains Have Given Bush His Mandate to Go to War“: „To be sure, most American allies are still not reconciled to an Iraq operation, but they didn't vote on Tuesday; the American people voted“.

Der Wechsel der Mehrheit im Senat bedeutet auch einen Wechsel aller Ausschussvorsitzenden. Der Außenpolitische Ausschuss, der Verteidigungsausschuss und der Ausschuss für Nachrichtendienste sind die für die Außen- und Sicherheitspolitik entscheidenden Ausschüsse. Außenpolitische Verträge müssen durch den Senat, nicht aber durch das Repräsentantenhaus ratifiziert werden. Der Senat ist deshalb ein entscheidender Mitspieler im außenpolitischen Konzert.

Da Senator Jesse Helms nicht mehr zur Wiederwahl angetreten ist, wird der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses nun mit einem neuen Mann besetzt werden. Dies wird gerade von den Europäern mit Erleichterung registriert. Richard Lugar, sein Nachfolger, genießt international hohes Ansehen. Er

■ Die Popularität des Präsidenten geht entscheidend auf seine Führung im Kampf gegen den Terrorismus zurück.

gilt als gemäßigter Außenpolitiker und Multilateralist, wie dies die Irak-Diskussion zeigte. Ob er allerdings gewillt ist, notfalls auch einen Konfrontationskurs gegenüber dem Weißen Haus zu fahren, ist eher zweifelhaft. Lugar genießt auch bei den Demokraten hohes Ansehen. Mit seinem bisherigen Vorgänger, Joe Biden aus Delaware, verbindet ihn eine lange freundschaftliche Zusammenarbeit. Lugar ist ebenfalls ein großer Freund Deutschlands, was angesichts des miserablen Zustandes der deutsch-amerikanischen Beziehungen ebenfalls nicht unerheblich ist.

Der Verteidigungsausschuss geht von Carl Levin zurück an John Warner. Levin, ein Skeptiker von National Missile Defense und der Irakpolitik Präsident Bushs, wird damit durch einen Mann ersetzt, der die Administration in ihrem Kampf gegen Terrorismus und den Irak mit den notwendigen Ressourcen versorgen wird. Als ehemaliger Oberkommandierender der Marine hat er sich immer für ein kräftiges Verteidigungsbudget ausgesprochen. National Missile Defense und auch die stärkere Entwicklung und den vermehrten Einsatz von unbemannten Kampfflugzeugen werden durch ihn gefördert werden. Freuen können sich auch die Werften in Virginia, dass ein Vertreter ihres Staates jetzt dem Verteidigungsausschuss vorsteht.

Wer den Geheimdienstausschuss leiten wird, steht bislang noch nicht fest. Immer mehr wird allerdings deutlich, dass dies höchstwahrscheinlich Senator Pat Roberts aus Kansas sein wird. Roberts stand den Anhörungen, die klären sollten, warum die Sicherheitsdienste nicht vor den Terrorangriffen des 11. September 2001 gewarnt haben, sehr kritisch gegenüber. Er würde damit Richard Shelby ersetzen, der dem Geheimdienstausschuss während der letzten Legislaturperiode vorstand, als die Republikaner noch die Mehrheit im Senat hatten. Shelby ist als ein vehementer Kritiker von CIA-Chef Tenet bekannt und hatte die Anhörungen genutzt, um die Defizite der Dienste aufzuspüren. Roberts gilt hingegen als ein großer Freund von CIA und FBI. Sollte er den Ausschussvorsitz bekommen, so geht man davon aus, dass Anhörungen wesentlich zurückhaltender durchgeführt werden. Von demokratischer Seite wird wahrscheinlich Senator John D. Rockefeller IV die Position des Stellvertreters besetzen.

Insgesamt kann man sagen, dass für die Bush-Administration die Zusammenarbeit mit dem Kongress und den neuen Ausschussvorsitzenden einfacher geworden ist. Bush dominiert nach diesen Wahlen eindeutig alle wichtigen politischen Entscheidungsprozesse in Washington.